

„Heimatfront“: Deutschland im Ersten Weltkrieg

VON GERHARD HIRSCHFELD¹

Der Erste Weltkrieg ist ohne jeden Zweifel die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“. Diese inzwischen geradezu inflationär verwendete Formulierung stammt von dem US-amerikanischen Historiker und Diplomaten George Frost Kennan. Kennan suchte damit den Ausgang der politischen und militärischen Entwicklung zu benennen, die Europa schließlich in einen Zweiten, noch weitaus schrecklicheren, Weltkrieg geführt hatte. Die unmittelbaren Folgen des Ersten Weltkriegs sind bekannt: Der Weltkrieg führte zum Untergang von vier kaiserlichen Großreichen – des Deutschen Kaiserreichs, des Russischen (Zaristischen) Reiches, des Österreich-Ungarischen Vielvölkerstaats sowie des Osmanischen Reiches – und er bahnte den USA den Weg zur Weltmacht. Der Weltkrieg löste die Russische Revolution aus und wurde so zum Geburtshelfer der Sowjetunion. Weder der Aufstieg des italienischen Faschismus noch der des deutschen Nationalsozialismus wären ohne den Ersten Weltkrieg denkbar. Andererseits vermochte der Krieg nicht die bereits lange vor 1914 anstehenden Konflikte auf dem Balkan zu beseitigen – im Gegenteil: er verschärfte sie noch. Dafür bescherte sein Ausgang der Welt im Nahen Osten neue, teilweise bis heute unge löste Probleme. All dieses gehört mittlerweile zum Grundwissen der Geschichte des 20. Jahrhunderts, erklärt jedoch nicht das Ursächlich-Katastrophische des Weltkrieges, den schon die Zeitgenossen als den „Großen Krieg“ bezeichneten: „The Great War“, „La Grande Guerre“, „De Groote Oorlog“. Auch in Deutschland sprach man damals vom „Großen Krieg“².

1 Der Aufsatz ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung von Kapitel 6 aus Gerhard *Hirschfeld* und Gerd *Krumeich*: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Frankfurt a. M. 2013. Die zitierten Ego-Dokumente stammen aus der Lebensdokumentensammlung der Bibliothek für Zeitgeschichte in der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart.

2 Auf folgende grundlegende Literatur wurde zurückgegriffen: Roger *Chickering*: Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914–1918. Paderborn u. a. 2009; *Ders.*: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg. München 2002; Ute *Daniel*: Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg. Göttingen 1989; *Dies.*: Frauen. In: Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Hg. v. Gerhard *Hirschfeld*, Gerd *Krumeich* und Irina *Renz*, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage. Paderborn u. a. 2014, S. 116–134; Karl *Hampe*: Kriegstagebuch, hg. v. Folker *Reichert* und Eike *Wolgast*. München 2004; Heinz *Hürten*: Die katholische Kirche im Ersten Weltkrieg. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hg. v. Wolfgang *Michalka*. München 1994, S. 725–735; Sven Felix *Kellerhoff*: Heimatfront. Der Untergang der heilen Welt – Deutschland im Ersten Weltkrieg. Köln 2014; Jürgen *Kocka*: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918. Göttingen 1973; Kurt *Meier*: Evangelische Kirche und Erster Weltkrieg. In: Der Erste Weltkrieg. S. 691–724; Wolfgang J. *Mommsen*: Bürgerstolz und

Was diesen Krieg in den Augen der Mitlebenden „groß“ werden ließ, war die Tatsache, dass der Erste Weltkrieg ein „Massen- und Maschinenkrieg“ war, wie es ihn bis dahin nicht gegeben hatte – ein Krieg, in welchem individuelle Opfer millionenfach gefordert und scheinbar bereitwillig entrichtet wurden. Allein der Kriegsbeginn im August/September 1914 mit seinen ungemein blutigen „Grenzschlachten“ in Elsass-Lothringen brachte höhere Verluste an Soldaten als der gesamte Deutsch-Französische Krieg von 1870/71. Von den zwischen August 1914 und November 1918 weltweit eingesetzten mehr als 60 Millionen Soldaten verloren nahezu zehn Millionen ihr Leben: auf den Tag umgerechnet waren dies mehr als 6000 Soldaten. Etwa 15 Millionen Soldaten wurden verwundet: manche hatten die Folgen der Verwundung ein ganzes Leben zu tragen, für viele verkürzte sich dadurch die Lebenserwartung erheblich. Die Soldaten fielen nicht nur in den großen Schlachten an der Westfront – in Flandern, bei Verdun und an der Somme –, dort, wo für nur wenige Kilometer Bodengewinn Hunderttausende ihr Leben lassen mussten. Auch im Osten Europas, auf dem Balkan, in den Alpen, im Vorderen Orient – sogar in Afrika und Asien wütete dieser Krieg und kostete zahllose Menschenleben. Zugleich kämpften, auch auf den europäischen Kriegsschauplätzen, Soldaten aus zahlreichen nicht-europäischen Nationen und Völkern. Der Erste Weltkrieg war im wahrsten Sinne des Wortes ein *globales* Ereignis.

Der Erste Weltkrieg war aber auch bereits in wesentlichen Aspekten ein „total“ (also ein absolut) geführter Krieg – letzteres gilt insbesondere auch für die Entwicklung und Verwendung neuer und immer schrecklicherer Waffen: Man denke an den unbegrenzten U-Boot-Krieg des Deutschen Reiches, der zum Kriegseintritt der USA führte, an den Einsatz von Flugzeugen, die zum ersten Mal mit Bomben ausgerüstet waren, oder die Anwendung von Gas. „Total“ war auch die Art und Weise der operativen Kriegführung, bei der sich auch schon Strategien einer „Verbrannten Erde“ nachweisen: etwa beim deutschen Rückzug von der Somme hinter die Siegfried-Linie im Frühjahr 1917, der mit umfassenden Zerstörungen von Orten und Landschaft einherging. Ebenso „total“ waren die so genannten ethnischen „Säuberungen“, also die Vertreibungen ganzer Ethnien in Osteuropa wie auf dem Balkan, sowie schließlich die massenhafte Tötung der gegnerischen, aber auch der eigenen Zivilbevölkerung. Den Auftakt zu dieser

Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II, 1890 bis 1918. Berlin 1995; Pro Fide et Patria. Die Kriegstagebücher von Ludwig Berg 1914 bis 1918, Katholischer Feldgeistlicher im Großen Hauptquartier Kaiser Wilhelms II. Hg. v. Frank *Betker* und Almut *Kriele*. Köln u. a. 1998; Susanne *Rouette*: Frauenarbeit, Geschlechterverhältnisse und staatliche Politik. In: Eine Welt von Feinden: Der Große Krieg, 1914–1918. Hg. v. Wolfgang *Kruse*. Frankfurt a. M. 1997, S. 92–126; Lutz *Sauersteig*: Sex, Medicine and Morality During the First World War. In: War, Medicine and Modernity, 1860–1945. Stroud 1996, S. 167–188; Hans-Peter *Ullmann*: Kriegswirtschaft. In: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 220–232; Bernd *Ulrich*: Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit, 1914–1933. Essen 1997; Hans-Ulrich *Wehler*: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949. München 2003.

besonderen Art der Kriegführung markierte das brutale Vorgehen der deutschen Armeen in Belgien im Sommer 1914 gegen vermeintliche „franktireurs“ (Partisanen), wobei fast 6.000 belgische Zivilisten, darunter auch Frauen und Kinder, Ziel deutscher Repressalien wurden. Den traurigen Höhepunkt des Krieges gegen eine Zivilbevölkerung bilden zweifellos die Massaker an den Armeniern 1915 durch die Regierung der Jungtürken im Osmanischen Reich, in denen einige Historiker gleichsam das „blueprint“ der Völkermorde des 20. Jahrhunderts sehen. Zu der Totalität der Kriegführung gehörte auch die staatlich wie gesellschaftlich massiv erzeugte Propaganda, die bereits hemmungslos medialisiert war und die nun in schrecklichsten Zuschreibungen und in Massendruckwerken aller Art den Gegner zum „Hunnen“, zum „Barbaren“, zum „Teufel“ erklärte. Propaganda war somit die Begleitmusik zur zukunftssträchtigen „Barbarisierung“ der Kriegführung.

Doch – so gilt zu fragen – lässt sich die hier für die militärischen Ereignisse festgestellte Totalität des Weltkriegs auch auf die Zivilgesellschaften übertragen? Oder anders formuliert: Wie „total“ war eigentlich der Krieg an den „Heimatfronten“ des Weltkriegs, in unserem Fall an der deutschen Heimatfront? In welchem Verhältnis standen Heimat und Front zueinander? Wie veränderte sich dieses im Verlauf eines mehr als vier Jahre andauernden Krieges? Und schließlich: Ging der Krieg *in* der Heimat verloren, oder noch präziser: wurde er gar *von* der Heimat verloren?

Zunächst zum Begriff der „Heimatfront“ (oder der „Hinterlandsfront“, wie die Österreicher sie nannten). Bei Kriegsbeginn waren Front und Heimat klar voneinander geschieden: Die Heimat wurde als ein gewaltfreier Raum imaginiert, fern der bewaffneten Auseinandersetzungen; Heimat bildete gleichsam die ferne Kulisse zum eigentlichen Kriegsgeschehen. Erst im Zuge einer zunehmenden Radikalisierung des Kriegs, vor allem seit 1916/1917 sprach man in allen kriegführenden Ländern von einer „Heimatfront“ (in englischen Zeitungen taucht der Begriff der *home front* zum ersten Mal im April 1917 auf). Von da an blieb die Heimat direkt in die jeweiligen nationalen Kriegsanstrengungen einbezogen, wenngleich immer noch in nachgeordneter Position.

Zu Beginn des Krieges waren die Verhältnisse – zumal in Deutschland – also noch deutlich getrennt. Die eigentliche Herausforderung für die Heimat waren die wirtschaftlichen Probleme: Sicherung des Lebensunterhalts, Garantie des Einkommens, Umstellung auf Kriegswirtschaft. Der teilweise patriotische Überschwang bei Kriegsbeginn konnte nur mühsam die Gefühle der Bedrohung und der Unsicherheit verdecken, die damals viele Menschen ergriffen. Überraschend war das keineswegs angesichts eines kriegerischen Ereignisses, für das die Zeitgenossen schlicht keine konkreten Erfahrungen und Handlungsvorgaben besaßen. Ein Zeichen hierfür war ein Ansturm auf Banken und Sparkassen bereits in den ersten Augusttagen, bei dem vor allem Kleinsparer ihre Guthaben abzuheben suchten. Vor vielen Lebensmittelläden bildeten sich lange Schlangen. Es kam – vor allem in den Großstädten – zu Hamsterkäufen, was wiederum massive

Preissteigerungen bei einigen Nahrungsmitteln zur Folge hatte. Berliner Zeitungen berichteten, dass vielfach Mietzahlungen eingestellt worden seien. Auch andere Überweisungen und Zahlungsverpflichtungen wurden mit dem Hinweis auf die Ausnahmesituation des Krieges storniert. Gewiss waren dies eher Einzelfälle, die zudem häufig von einer sozialen Notsituation herrührten, aber sie widersprachen doch der damals von Seiten der Regierung vertretenen Auffassung, dass Deutschland auf diesen Krieg bestens vorbereitet sei. Das Gegenteil war der Fall: Für die notwendige Umstellung von einer Friedens- auf eine Kriegswirtschaft hatten die Verantwortlichen kaum Vorsorge getroffen.

Bei Kriegsbeginn waren sich nur wenige deutsche Politiker über die gewaltigen Anforderungen im Klaren, die ein lange andauernder Krieg an die Wirtschaft und die Finanzen des Landes stellen würde. Die Mehrheit der Politiker wie auch die meisten Militärs aller kriegführenden Staaten gingen zunächst von einer kurzen militärischen Kampagne aus. Deshalb waren sie davon überzeugt, mit den bei Kriegsbeginn erlassenen Regelungen und Gesetzen den unmittelbaren Anforderungen bereits Genüge getan zu haben, in Deutschland etwa durch die erleichterte Einfuhr von Lebensmitteln und Düngemitteln. Weder Deutschland noch Österreich-Ungarn, die zusammen lediglich über ca. 46 Prozent der Bevölkerungen und ca. 61 Prozent des Sozialprodukts der drei Ententestaaten Russland, Frankreich und Großbritannien verfügten, konnten sich einen langen Krieg leisten. Aber davon war keine Rede – stattdessen hieß es immer wieder, dass die Soldaten spätestens an Weihnachten wieder zu Hause sein würden. Der Kaiser hatte sich im August sogar davon überzeugt gezeigt, dass ein noch früheres Ende des Kriegs möglich war: „Ehe noch die Blätter fallen, seid Ihr wieder zu Hause.“ Die nur mühsam kaschierte deutsche Niederlage an der Marne Anfang September 1914 hätte ein Warnsignal sein müssen. Doch erst der gravierende Mangel an Munition, die so genannte Munitionskrise, die sich spätestens Ende Oktober an allen deutschen Fronten empfindlich bemerkbar machte, veranlasste Militärs und Politiker, nunmehr die Umstellung der Wirtschaft auf einen länger währenden Krieg ins Auge zu fassen.

Im Verlauf des Krieges verringerte sich die industrielle Produktion um beinahe die Hälfte. Ebenfalls stark rückläufig war die Ertragslage der heimischen Landwirtschaft. Die deutschen Bauern erzeugten etwa ein Drittel weniger als vor 1914, weil Pferde und Maschinen fehlten, die Zahl der Beschäftigten zurückging und weil es allgemein an Dünger und Saatgut mangelte. Der Mangel an bisher importierten Rohstoffen zwang die deutsche Wirtschaft, diese zu bewirtschaften, sie umständlich zurückzugewinnen oder, nicht weniger aufwendig, Ersatzstoffe zu produzieren. „Ersatz“ wurde ein geflügeltes Wort und die Anleitungen für die Beschaffung von Ersatzlebensmitteln, aber häufig auch minderwertigen Surrogaten, nahmen einen immer breiteren Raum ein.

Der private Verbrauch, obwohl derart wichtig für die Moral an der „Heimatfront“, war in Deutschland das Stiefkind der Kriegswirtschaft. Während sich die Versorgungs- und Ernährungslage in Frankreich und Großbritannien trotz der

Lebensmittelrationierungen einigermaßen erträglich gestaltete, musste die Bevölkerung in Deutschland ihren Konsum im Verlauf des Krieges erheblich einschränken. Teilweise lag dies an den Auswirkungen der englischen Seeblockade, teilweise aber auch an einem überbürokratisierten und daher ineffizienten Bewirtschaftungssystem, das keine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel zustande brachte. Der bereits 1914 unternommene Versuch der Regierung, Höchstpreise für Lebensmittel einzuführen, um so die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, führte schließlich in die „Sackgasse staatlicher Zwangswirtschaft“ (Hans-Peter Ullmann).

Zu welchem Aberwitz dieses bürokratische System führte, zeigt der berüchtigte „Schweinemord“ im Frühjahr 1915. Die Höchstpreis-Verordnungen im Herbst 1914 hatten dazu geführt, dass die Getreidevorräte des Deutschen Reichs auf etwa die Hälfte des für 1914 erwarteten Umfangs zurückgingen. Das lag vor allem daran, dass viele Bauern wegen der nachlassenden Preise ihre Getreide und Kartoffeln lieber an die eigenen Schweine verfütterten. Auf Anordnung des Bundesrats erfolgte deshalb im März und April 1915 eine amtliche Zählung sämtlicher Schweine im Deutschen Reich mit der Absicht, überschüssiges Vieh zwangsweise zu schlachten. Die Gemeinden wurden verpflichtet, Fleischvorräte anzulegen, wofür ihnen sogar das Eigentum an den Schweinen übertragen wurde, das heißt die Bauern mussten ihre Tiere zu einem festgesetzten Preis verkaufen. Das Ergebnis war, dass bis zum Mai ca. fünf Millionen Schweine geschlachtet wurden. Dies wiederum führte zu riesigen Fleischvorräten, die aber nicht hinreichend konserviert werden konnten und deshalb größtenteils verderben. Die Folge war ein gigantischer Anstieg der Fleischpreise. Überdies hatte die Schweineschlachtung dazu geführt, dass die Bauern anstelle der Viehhaltung vermehrt Kartoffeln anbauten, so dass der Markt nun mit Kartoffeln überschwemmt wurde. Das wiederum ließ deren Preis stark sinken, so dass der Kartoffelanbau zunehmend unwirtschaftlich wurde. Die zwangsläufige Folge war das Aufkommen eines lebhaften Schwarzmarkts und eine massenhafte Hortung von Fleisch- und Wurstwaren. Die „Schweineschlachtung“ wurde im Volksmund auch als „Professorenschlachtung“ bezeichnet, da die ökonomischen Berechnungen der Wirtschaftsexperten sich als fehlerhaft herausgestellt hatten.

Überraschend erfolgreich verlief in Deutschland hingegen die Wiederbesetzung von Arbeitsstellen der zum Kriegsdienst eingezogenen Beschäftigten. Dies gelang allerdings besser in den großen Unternehmen, während kleinere Industrie- und Handwerksbetriebe nicht selten zunächst große Probleme hatten, ihre mobilisierten Arbeiter und Angestellten zu ersetzen. Zudem verschoben sich die Beschäftigungsstrukturen innerhalb der Unternehmen: die erwachsenen männlichen Beschäftigten wurden durch jugendliche, oftmals erst angelernte Arbeiter, später auch durch Kriegsgefangene und Fremdarbeiter, sowie sukzessive durch Frauen ersetzt. Zwar blieben die Zahlen der weiblichen Beschäftigten hinter den offiziellen Erwartungen zurück, zumal nicht wenige Unternehmer erhebliche Vorbehalte gegenüber Frauen auf „Männerarbeitsplätzen“ hegten. Stellenweise

mussten Frauen Erklärungen unterschreiben, dass sie die von ihnen eingenommenen Plätze nach dem Kriegsende freiwillig wieder räumen würden. So kam es in der ersten Phase des Krieges zu der befremdlichen Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt, dass die Frauenarbeitslosigkeit vergleichsweise hoch war, dass andererseits aber eine Vielzahl von offenen „Männerarbeits“-Stellen nicht besetzt werden konnten. Erst im Verlauf des Krieges stieg der Anteil der Frauenbeschäftigung, insbesondere im Bereich der kriegsindustriellen Zweige (Maschinen-, Metall-, Elektro- und Chemischer Industrie), während sie in den klassischen „Frauenbranchen“ (Textil und Bekleidung) eher rückgängig war. Besonders die nach wie vor schlechter als ihre männlichen Kollegen entlohten Munitionsarbeiterinnen stammten häufig aus jenen industriellen Branchen, die durch den Krieg beeinträchtigt oder gar zum Erliegen gekommen waren. Stark rückläufig entwickelten sich auch die Beschäftigungsverhältnisse von Dienstboten in den bürgerlichen Haushalten, also einem der klassischen Felder der Frauennarbeit vor dem Ersten Weltkrieg. Der Grund für den relativ hohen Anteil an Frauen in der deutschen Kriegswirtschaft war also weniger ihre von der heimischen Propaganda gefeierte vaterländische Mobilisierung als die beträchtlichen strukturellen Veränderungen nach 1914 auf dem weiblichen Arbeitsmarkt. Die angebliche „emanzipierende Wirkung“ des Weltkrieges wird eindeutig überschätzt; sie entpuppte sich auch in Deutschland, trotz der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder für Frauen, als eine „Emanzipation auf Leihbasis“ (Ute Daniel). Zwar verhalfen Kriegsniederlage und Revolution den deutschen Frauen bereits 1919 zum allgemeinen Wahlrecht – verglichen mit anderen westlichen Ländern war dies eine echte Errungenschaft –, aber die soziale Realität in den Fabriken und Betrieben sah ernüchternd aus. Zahlreiche Frauen mussten nach Kriegsende die ihnen während des Krieges zugewiesenen „Männerarbeitsplätze“ wieder räumen.

Für die „Kriegerfamilien“, wie die Familien der Soldaten genannt wurden, vor allem für Frauen und Kinder, deren Ehemänner und Väter „im Felde“ standen, stellte der Krieg eine besondere Herausforderung dar. Neben der täglichen Anteilnahme am Schicksal des Familienvaters trat für viele Familien die Sorge um die Aufrechterhaltung des bisherigen Auskommens und des für viele ohnehin niedrigen Lebensstandards. Trotz staatlicher Ausgleichszahlungen und anderer sozialpolitischer Maßnahmen, wie etwa dem Einfrieren der Mieten bereits im August 1914, brachte der Krieg zunächst eine starke Minderung des Familieneinkommens wie auch der öffentlichen Versorgungsleistungen. So stand der Familie eines Berliner Facharbeiters mit vier Kindern anfänglich weniger als die Hälfte ihres Vorkriegseinkommens zur Verfügung, wobei der staatlich gezahlte Unterhalt für die Kinder oftmals zur Grundsicherung der Familien beitragen musste. Waren weniger oder gar keine Kinder vorhanden, so betrug das Durchschnittseinkommen häufig nur noch ein Drittel oder nur noch ein Viertel des vor dem Krieg üblichen Erwerbs. Angesichts dieser prekären Lebensverhältnisse und Notsituationen oblag es vielfach den Kommunen den Bedürftigen finanziel-

le Hilfe zu leisten. Die Gemeinden organisierten karitative Programme oder richteten eigene Institutionen ein, häufig in Zusammenarbeit mit kirchlichen und anderen Hilfsorganisationen. So eröffnete die Stadt Freiburg gemeinsam mit dem Roten Kreuz bereits im Spätsommer 1914 drei Werkstätten in der dortigen Altstadt, in denen etwa 2000 Frauen gegen geringe Bezahlung Näharbeiten verrichteten. Andere Städte und Gemeinden wiederum fanden sich dagegen sogar bereit, die kärglichen Sätze durch eigene Zuschüsse noch aufzustocken, sodass in Deutschland insgesamt ein Flickenteppich an sozialer Fürsorge und ebensolchen Leistungen existierte. Ende 1915 waren ca. vier Millionen Familien von staatlicher Hilfe abhängig; dies waren nahezu ein Drittel der deutschen Familien. Und dabei lag die schlimmste Zeit noch vor ihnen.

Entscheidend für das zunächst leidliche Funktionieren der Kriegsgesellschaft in Deutschland war der Beitrag, den die Frauen an der „Heimatfront“ leisteten. Die eher traditionellen Tätigkeiten vieler Frauen – im Haushalt, in Pflege- und Heilberufen, bei Arbeiten in der Landwirtschaft – wurden von Politikern und Militärs als Teil der „vaterländischen Pflichterfüllung“ verkündet und als ein durchaus eigenständiger, weiblicher Kriegsbeitrag propagiert. Die nicht zuletzt von der bürgerlichen Frauenbewegung mit großem Pathos beschworene Gleichberechtigung im Weltkrieg fand ihren entsprechenden Ausdruck in der Metapher von einem „Burgfrieden der Geschlechter“ (Susanne Rouette). In der Realität war von der propagierten gleichberechtigten Teilhabe an der „Verteidigung des Vaterlands“ wenig festzustellen. Eine Dienstpflicht für Frauen, wie sie die 3. Oberste Heeresleitung – kurz OHL (also die Generale Hindenburg und Ludendorff) nach den verlustreichen Schlachten vor Verdun und an der Somme gefordert hatte, scheiterte im Spätherbst 1916 am Einspruch von Generalquartiermeister Wilhelm Groener, dem einflussreichen Leiter des neuen Kriegsamts. Ihm schloss sich schließlich auch Reichskanzler Bethmann Hollweg an: „Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen würde eine verfehlte Maßnahme bedeuten, der zudem auch in wirtschaftlicher, sittlicher und sozialer Hinsicht die allerschwersten Bedenken entgegenstehen.“

Frauen sollten sich daher ausschließlich in den Rollen betätigen, die ihnen die männlich dominierte wilhelminische Gesellschaft bereits lange vor dem Krieg zugewiesen hatte: als aufopfernde Krankenschwestern und Pflegerinnen, als einsatzbereite (Etappen-)Helferinnen und Fürsorgerinnen, sowie als sorgende Hausfrauen und Mütter. Frauen hatten somit jenem Ideal des Weiblichen nachzueifern, das quasi die „Natur“ für sie bereitgestellt hatte: Pflege der verwundeten Soldaten sowie Fürsorge für die Angehörigen daheim. Insbesondere die Krankenpflege in den Lazaretten hinter der Front wie auch in den Spitälern und Erholungsheimen in der Heimat erwies sich als ein bevorzugtes Betätigungsfeld für Frauen aus dem gehobenen Bürgertum. Die insgesamt rund 92.000 in den Militärlazaretten eingesetzten, durchweg schlecht bezahlten und häufig einer strengen Disziplin unterworfenen, Krankenschwestern und Pflegerinnen stellten etwa zwei Fünftel des gesamten deutschen Sanitätspersonals. Allerdings war das

Bild der Krankenschwester im Fronteinsatz uneinheitlicher als die patriotischen Verlautbarungen der Frauenverbände oder auch die beschönigende „Lazarett-schwester-Literatur“ der 1930er Jahre dies offenbarten. Nur ein Bruchteil der Frauen, die sich nach Kriegsbeginn spontan und freiwillig zur Krankenpflege gemeldet hatte, war überhaupt für die Aufgabe ausgebildet. Die Mehrzahl des weiblichen Pflegepersonals in den Feldlazaretten des Weltkriegs kam aus den Schwesternhäusern des Roten Kreuzes, der protestantischen Diakonie oder aus anderen Mutterhäusern. Gleichwohl waren die Erlebnisse und Erfahrungen dieser zumeist sehr jungen Frauen, ihre Konfrontation mit psychotisch und traumatisch gezeichneten, schwer verwundeten und sterbenden jungen Männern von ungeheurer Wirkung und Eindringlichkeit.

Noch eine weitere Gruppe von Frauen, die zahlenmäßig jedoch sehr viel kleiner war, erlebte den Weltkrieg fern der Heimat: die etwa 20.000 Etappenhelferinnen, die als Schreibkräfte, in Wäschereien oder als Küchenpersonal hinter der Front, also in der Etappe, aber auch in den von Deutschland besetzten Gebieten eingesetzt waren. Im Gegensatz zu den Krankenschwestern stammten die meisten Etappenhelferinnen aus eher kleinbürgerlichen Verhältnissen. Obwohl ihre Tätigkeiten durchaus als weiblich galten, genossen viele von ihnen in der deutschen Öffentlichkeit einen zweifelhaften Ruf. Dabei mag die für die Heimat ungewohnte Vorstellung von wenigen Frauen in der Männerwelt des Krieges eine Rolle gespielt haben, verantwortlich waren jedoch hierfür wohl eher die „Männerphantasien“ der Krieger. Bezeichnenderweise geriet der Einsatz der deutschen Etappenhelferinnen, der überwiegend hinter den westlichen Frontabschnitten stattfand, nach 1918 rasch in Vergessenheit – anders als der ihrer britischen und US-amerikanischen Kolleginnen im Weltkrieg.

Eine wichtige Rolle spielten im Weltkrieg die lange vor 1914 in der wilhelminischen Gesellschaft überaus aktiven Frauenverbände. Unter dem Eindruck des nahenden Krieges hatte die Dachorganisation der bürgerlichen Frauenvereine bereits am 31. Juli den Nationalen Frauendienst (NFD) ausgerufen, der künftig eng mit den Behörden kooperieren sollte. Im Nationalen Frauendienst arbeiteten die unterschiedlichsten politischen, konfessionellen und gesellschaftlichen Organisationen zusammen. Dass christliche, jüdische, liberale, sozialdemokratische und auch nationalistische Frauenvereine sich gemeinsam für sozial-karitative Belange engagierten, galt in der deutschen Öffentlichkeit als ein weiterer Beleg für die Wirkungsmächtigkeit des proklamierten Burgfriedens. Zu den vielfältigen Aufgaben, die der Frauendienst in Abstimmung mit den Kommunen übernahm, zählten außer der Kranken- und Verwundetenpflege vor allem die Fürsorge für die „Kriegerfamilien“: Versorgung mit Geld, Kleidern und Lebensmitteln sowie die Vermittlung von Arbeitsstellen für Soldatenfrauen. Daneben betrieb die „Allianz der Frauenorganisationen“ (Roger Chickering), vor allem in den Großstädten, zahlreiche Suppenküchen, Näh- und Stillstuben, Kindertagesstätten und Mütterberatungsstellen. Dort erfuhren die Hausfrauen, wie sich trotz fehlender Grundnahrung (Milch, Eier, Fette) und angewiesen auf „Ersatzlebens-

mittel“ gleichwohl schmackhafte Gerichte herstellen ließen. Die so genannten Kriegskochbücher erlebten einen wahren Boom, so etwa das „Kriegskochbuch 1915“ von Elly Petersen mit dem Zusatz: „So kocht man gut und billig für 3 Personen um eine Mark“. In öffentlichen Vorträgen empfahlen „Ernährungsexperten“ die Verwendung von Wildgemüsen und Unkraut im täglichen Speiseplan.

Die Rationierung von Grundnahrungsmitteln (Brot, Mehl) hatte bereits im Januar 1915, ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch, begonnen. Der Kreis der rationierten Produkte erweiterte sich seit dem Sommer 1915 ständig und schloss außer den zunehmend kärglicheren Lebensmitteln schließlich auch Kleidung, Schuhe, Brennstoffe und Reinigungsmittel ein, die ebenfalls nur noch gegen Zuteilungsmarken oder -scheine zu erhalten waren. Kein Mangel herrschte dagegen auf dem sich immer stärker ausbreitenden Schwarzmarkt, dessen Produkte sich allerdings nur gut Betuchte leisten konnten, da die Preise dort leicht bis zum Zehnfachen der von den Behörden festgesetzten Höchstpreise gingen. Dennoch sollen offiziellen Schätzungen zufolge gegen Ende des Krieges etwa ein Drittel der deutschen Familien ihre Lebensmittel vom Schwarzmarkt erhalten haben.

Vielen Familien gelang es kaum noch, sich regelmäßig und ausreichend zu versorgen. Hinzu kam ein nicht unerheblicher Zeitaufwand, den vor allem die Hausfrauen zu bewältigen hatten, um sich wenigstens mit dem Notwendigsten einzudecken. Stundenlanges Schlangestehen – der Berliner Volksmund nannte dies eine „Polonaise“ – vor Lebensmittelläden, Metzgereien und Brennstofflagern wurde seit 1916 geradezu zum Markenzeichen einer kaum noch funktionierenden Kriegswirtschaft ebenso wie regelmäßige sogenannte Hamsterfahrten zu den Bauern in der Umgebung der größeren Städte. Nur wenige Familien waren in der Lage, sich durch industrielle Heimarbeit oder die Übernahme außerhäuslicher Tätigkeiten ein geringes Zubrot zu verdienen. In den Städten wichen Blumenrabatten und Balkonpflanzen zunehmend dem Anbau von Gemüse; die Haltung von Hühnern, Kaninchen und Ziegen als Nutztiere und Fleischlieferanten war weit verbreitet.

Der Krieg an der deutschen Heimatfront brachte nicht nur sinkende Reallöhne und steigende Preise, eine unzureichende Versorgung und die ständige Suche nach „Ersatz“ sowie darüber hinaus allgemeine Entbehrungen, Unterernährung und Mangelkrankheiten mit sich. Er bedeutete vielfach auch einen Verfall der moralischen und ethischen Verhaltensweisen und Normen. Der Mangel an Nahrungsmitteln veranlasste manche Menschen zum Diebstahl von Essen, Kleidung und anderen Dingen, die sie dringend zum Überleben benötigten. Auch die von den Behörden festgestellten zahlreichen „Verstöße gegen die öffentliche Ordnung“, etwa nächtliche Ruhestörung oder Widerstand gegen die Staatsgewalt, resultierten häufig aus der schlechten Versorgungs- und Ernährungslage. Wie die Kriminalstatistik der Jahre 1914 bis 1918 ausweist, verdoppelte sich die Anzahl der Verurteilungen von Jugendlichen gegenüber der Vorkriegszeit. Besonders bei männlichen Jugendlichen, über die ihre Mütter die Kontrolle verloren hatten,

stellte man ein starkes Ansteigen der Beschaffungskriminalität (Diebstähle) fest. Zugleich häuften sich in den Zeitungen die Klagen über verwahrloste Jugendliche, die tagelang der Schule fernblieben, um sich am illegalen Schleichhandel für den Schwarzmarkt zu beteiligen. So stieg etwa in Köln die Zahl der unentschuldig fehlenden männlichen Schüler von 15 Prozent (1914) auf 48 Prozent (1917), mit anderen Worten: im vorletzten Kriegsjahr schwänzte dort fast jeder zweite Schüler den Unterricht.

Vergeblich suchten die Behörden, dem Verfall der Sitten durch rigorose Vorschriften und Anordnungen Einhalt zu gebieten. So wurde beispielsweise Jugendlichen das Rauchen in der Öffentlichkeit oder der Besuch von Lichtspieltheatern untersagt. Da von diesen Gängelungen in erster Linie Angehörige der Arbeiterschichten betroffen waren, richtete sich deren Unmut verständlicherweise gegen die hier zu Grunde liegenden bürgerlichen Moralvorstellungen. Als besonders demütigend wurde die Anordnung einiger stellvertretender Generalkommandos empfunden, derzufolge Arbeiter unter 18 Jahren einen Teil ihres Lohnes auf eigens eingerichtete Sparkonten einzuzahlen hatten, über die sie nur sehr eingeschränkt verfügen konnten. Derartige „patriarchalisch-autoritären Vorstellungen“ (Wolfgang J. Mommsen) stießen zudem bei den Familien der jungen Arbeiter auf heftigen Widerspruch, waren diese doch oftmals auf das zusätzliche Einkommen angewiesen.

Als Folge des Krieges ging die Zahl der Geburten in Deutschland drastisch zurück; allein in Berlin fiel sie zwischen 1913 und 1918 um 54 Prozent. Ursächlich hierfür waren zum einen die ebenfalls in dieser Zeit rückläufigen bzw. stagnierenden Eheschließungen, nach einer regelrechten Springflut von Kriegstraunungen zu Beginn des Krieges. Auswirkungen zeigten aber auch die langen Abwesenheiten der Krieger-Väter oder jener eingezogenen Männer, die Väter hätten werden können. Historikerinnen, die sich mit der Sozial- und Geschlechtergeschichte des Weltkriegs beschäftigen, verweisen aber noch auf andere kriegsbedingte Ursachen und Umstände. Der Krieg und die von ihm geschaffenen sozialen Verwerfungen und Entbehrungen, so beschreibt es Ute Daniel, hätten viele Frauen dazu veranlasst, stärker denn als jemals zuvor aktiv Geburtenplanung zu betreiben und zu verhüten. Besonders Arbeiterfrauen wussten schließlich nur zu gut, dass ein weiteres Kind für die Familie eine erhebliche materielle und auch seelische Belastung bedeuten konnte.

Die notwendigen Kenntnisse über Verhütung – im wilhelminischen Kaiserreich immer noch weitgehend ein Tabuthema – besorgten sich die Frauen nicht nur über die vertrauten Kommunikationswege, sondern häufig genug von ihren fronturlaubenden Ehemännern und Verlobten. Denn zu den Informationen und Vorschriften, welche die Militärführung den Soldaten zukommen ließ, gehörten auch die Unterrichtung über prophylaktische Techniken und Mittel, mit denen sich etwa Geschlechtskrankheiten bei Verkehr mit Prostituierten in der Etappe vermeiden ließen. Da diese Vorkehrungen teilweise auch mit den empfängnis-

verhütenden Maßnahmen identisch waren, sorgte so das Militär – kurioserweise – für ein gewisses Maß an Geburtenplanung an der Heimatfront.

Allgemein rückte das sexuelle Verhalten der Menschen, und zwar das der Soldaten an der Front ebenso wie das der Frauen in der Heimat, stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses als jemals zuvor. Sexualität wurde im Weltkrieg zu einem Thema von „nationalem Belang“ (Lutz Sauerteig). Das zeigte sich nicht nur an den staatlichen Kampagnen zur Steigerung der Geburtenrate angesichts der immens hohen Kriegsverluste, sondern auch an den anhaltenden Debatten über Sexualmoral und eheliche (Un-)Treue. Bezeichnenderweise richtete sich der Vorwurf der Promiskuität und des allgemeinen Sittenverfalls inmitten der Ausnahmesituation eines Krieges sehr viel weniger an die Adresse der Männer im Felde als an das Verhalten der Frauen daheim. Das preußische Kriegsministerium ermahnte die „Kriegerfrauen“ wiederholt zur Einhaltung der ehelichen Treue. Ähnlich klang es auch von den Kanzeln der Kirchen der beiden großen Konfessionen. Die Propagierung einer rigiden Sexualmoral war nicht nur ein deutsches Phänomen. In Großbritannien, wo eigens eingesetzte Frauenpatrouillen die öffentliche Sittsamkeit überwachten, wurde der nachgewiesene Ehebruch von Frauen, deren Männer im Felde standen, mit der Streichung von Sozialleistungen und der Trennungszulage geahndet. Eine exemplarische Bestrafung, aber vor allem die gesellschaftliche Ächtung hatten in Deutschland jene Frauen zu gegenwärtigen, die eine Beziehung mit einem alliierten Kriegsgefangenen eingingen. In Anbetracht von mehr als zwei Millionen Kriegsgefangenen (bis 1918) in deutschem Gewahrsam, von denen die meisten in der Landwirtschaft eingesetzt waren, konnten derartige Liebschaften nicht ausbleiben – die Folgen für die betroffenen Frauen waren teilweise erheblich, bis hin zu einer Veröffentlichung ihrer Namen und der entsprechenden moralischen Zurechtweisung in der Tagespresse.

Demgegenüber konnten die Frontsoldaten, ob verheiratet oder nicht, ihre Sexualität zumeist frei ausleben. Dies geschah etwa in den von den Militärbehörden genehmigten oder sogar selbst betriebenen Etappen-Bordellen, wo die Soldaten oftmals Schlange standen, aber auch häufig unkontrolliert in den deutschen Besatzungsgebieten in Ost- und Westeuropa. Prostitution entwickelte sich – auf beiden Seiten der Frontlinien – im Weltkrieg zu einem blühenden Gewerbe. Nicht zuletzt die Popularisierung von Schutzmitteln für die Soldaten hat nach Ansicht der Medizinhistoriker entscheidend dazu beigetragen, dass viele Männer ihre sexuellen Ängste verloren und mit größerer Selbstverständlichkeit als jemals zuvor neue Bindungen eingingen. Zugleich aber unterstreicht das Ausmaß an staatlicher Kontrolle und Sanktionierung einer durch den Krieg ebenfalls veränderten Sexualmoral der Frauen an der Heimatfront die starke Konsolidierung der tradierten bürgerlichen Doppelmoral im Weltkrieg.

Das Thema Sexualität im Weltkrieg verweist noch einmal auf die Frage nach der Kommunikation zwischen Front und Heimat. Die Trennung der Soldaten von ihren Ehefrauen und Familien, ihren Verlobten und Freunden, von ihrer bislang

vertrauten Umgebung – kurzum: von ihrer Heimat – war für die meisten von ihnen zweifellos eine einschneidende Erfahrung. Aber es war nicht nur die durch den Krieg bewirkte physische Trennung, sondern vielmehr die Unmöglichkeit, fortan miteinander zu kommunizieren, Wichtiges zu besprechen und zu klären oder sich über alltägliche Dinge auszutauschen. Heimaturlaub wurde nur sehr spärlich gewährt: Anfänglich erhielten Frontsoldaten erst nach zwölf Monaten Dienstzeit zwei Wochen Urlaub; später wurde vor allem Bauern und Landarbeitern die Möglichkeit eingeräumt, zur Erntezeit Heimaturlaub zu nehmen.

Der sicherlich wichtigste Kommunikationsstrang war die Feldpost, also die ca. 28,7 Milliarden Postsendungen, die im Verlauf des Krieges zwischen Front und Heimat befördert wurden. (Durchschnittlich etwa 9,9 Millionen Briefe, Postkarten, Päckchen und Telegramme wurden von der Heimat täglich Richtung Front expediert, ca. 6,8 Millionen Postsendungen gingen in die umgekehrte Richtung). Die Bedeutung der Feldpostbriefe kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Briefe waren zunächst einmal Lebenszeichen. Sie kündeten vom Überleben und Wohlergehen, sie schilderten subjektive Wahrnehmungen und Eindrücke und sie konnten so mitunter ein privates Gespräch ersetzen. Das offenkundige Unvermögen mancher Soldaten, ihre Kriegererlebnisse und -erfahrungen zu schildern, gründete nicht nur in der formalen Bildung des Schreibers. Es mochte auch von der Absicht bestimmt sein, den Angehörigen den Horror des Krieges zu ersparen. Gleichwohl sind Soldatenbriefe heute eine wichtige Quelle für die Alltags- und Kulturgeschichte des Krieges.

Ein immer wiederkehrendes Motiv in Kriegsbriefen wie -tagebüchern war übrigens die feste Überzeugung der deutschen Soldaten einen Verteidigungskrieg zu führen. Das wirkt umso erstaunlicher, da die deutschen Armeen sich bekanntlich den gesamten Krieg über Hunderte von Kilometer „tief in Feindesland“ befanden, etwa in Frankreich, Russland oder auf dem Balkan. Gegnerische Truppen überschritten bekanntlich nur ein einziges Mal im August 1914 in Ostpreußen deutsche Grenzen. Doch wie war es möglich, dass sich dieser absurde Verteidigungs-Diskurs über fast vier Jahre hinweg aufrecht erhielt? Tatsächlich war dies keineswegs nur ein Propaganda-Konstrukt, sondern reflektierte die aus der Kriegslage gewonnene Überzeugung, dass die deutschen Truppen, etwa an der Somme, seit dem Spätherbst 1914 tatsächlich in einer „Verteidigungs-Stellung“ lagen und sie sich erst seit dem Sommer 1916 massiver Angriffe der Engländer und Franzosen erwehren mussten. Eine derartige, von der eigenen Propaganda zusätzlich verzerrte Wahrnehmung des Krieges hatte erhebliche Auswirkungen auf das Selbstvertrauen wie auch die Standfestigkeit der deutschen Soldaten, die schließlich erst 1918 dramatisch nachließen. In der Überzeugung, dass Deutschland einen gerechtfertigten Verteidigungskrieg führte, trafen sich Front *und* Heimat. Sinn und Ziel des Krieges war es demnach, die Heimat zu verteidigen und ihre Werteordnung (etwa die deutsche Kultur) zu schützen. Und so lange es möglich war, diesen Verteidigungsdiskurs aufrecht zu erhalten, so lange schien

auch die Moral der deutschen Soldaten der numerischen und materiellen Überlegenheit der Alliierten trotzen zu können.

Als moralische Instanzen und zugleich als Interpreten der Ereignisse verstanden sich im Weltkrieg besonders die Kirchen und ihre Repräsentanten. In Anbetracht der von vielen Familien erlittenen Verluste und des Ausmaßes an Trauer über den Tod eines geliebten Menschen suchten nicht wenige Deutsche Trost und Zuspruch bei einer ihnen vertrauten Institution. Die Kirchen aller Konfessionen waren den gesamten Krieg über gut besucht und selbst die Zahl der noch vor 1914 stetig steigenden Kirchenglieder ging merklich zurück. Die Trauer um die gefallenen Soldaten verlangte zunehmend nach Rechtfertigungen und Deutungen, denen Staat und Gesellschaft allenfalls ansatzweise gerecht werden konnten. Dabei dienten die alte übernationale Formel des *dulce et decorum est pro patria mori* (süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben) wie auch die Propagierung des nationalen Heldentods „für Kaiser und Vaterland“ allenfalls noch als rhetorischer Zierrat. Zentrale Deutungsmuster der beiden großen christlichen Konfessionen waren vielmehr der Glaube an die gerechte Sache, also dass Deutschland einen gerechtfertigten Krieg führe, sowie die stete „Ineinssetzung der christlichen Lehre mit der nationalen Idee“ (Wolfgang J. Mommsen), demzufolge das Opfer des Soldaten eine Parallele im Opfertod Christi finden würde. Für manche Trauernden mochte diese durch die christliche Botschaft kaum zu rechtfertigende Interpretation sogar hilfreich sein. Für kritische Intellektuelle wie den jungen Schweizer Theologen Karl Barth waren sie nur ein weiterer Beleg dafür, dass in Deutschland bei Kriegsausbruch – wie Barth schrieb – „Vaterlandsliebe, Kriegslust und christlicher Glaube in ein hoffnungsloses Durcheinander“ geraten waren.

Bereits im September 1914 hatten protestantische Theologen und Kirchenvertreter sich in einer öffentlichen Erklärung an christliche Glaubensbrüder im Ausland (also auch in den Feindstaaten) gewandt, indem sie jede Verantwortung des deutschen Volkes und seiner Regierung für „das furchtbare Verbrechen dieses Krieges und alle seine Folgen für die Entwicklung des Reiches Gottes auf Erden“ zurückwiesen. Verantwortlich seien vielmehr jene, „die das Netz der Kriegsverschwörung gegen Deutschland seit langem im Verborgenen arglistig gesponnen und jetzt über uns geworfen haben, um uns zu ersticken.“ In ähnlicher Weise äußerten sich katholische Geistliche in ihren Predigten, auch wenn es keine abgestimmte Erklärung des deutschen Episkopats, etwa zur Kriegsschuld, gab. Dies war angesichts der postulierten Internationalität der katholischen Kirche auch kaum möglich, wenngleich sich damit für den Klerus immer wieder die Frage nach der theologischen Rechtfertigung des Krieges gegen katholische Glaubensbrüder stellte. Eine geübte Praxis der Distanzierung vom katholischen Feind war es daher für die Priester auf die national-kulturellen Unterschiede im Glaubensstil zu verweisen. So kritisierte der aus Aachen stammende katholische „Feldgeistliche im Großen Hauptquartier Kaiser Wilhelms II.“ Ludwig Berg, in einer Kriegspredigt im November 1915 die fortschreitende Säkularisierung

Frankreichs, die dort zu einer „kirchlichen Notlage“ geführt habe: „(1) Meistens nur Sakristei-Priester; keine Vereine und keine Hausseelsorge wie in Deutschland. (2) Übertriebene nationale Schwärmerei: zuerst Nation, dann Religion! Selbst bei Bischöfen.“ Die „nationale Schwärmerei“, die Monsignore Berg dem französischen Klerus attestierte, traf allerdings, und zwar punktgenau, auch auf ihn wie auf die meisten deutschen Kapläne und Priester zu. Es ist verblüffend zu beobachten, wie eng der nationale Schulterschluss zwischen der ehemals ultramontanen katholischen und den für die Verbindung von „Thron und Altar“ in Preußen einstehenden protestantischen Kirchen im Weltkrieg vollzogen wurde. Dies sollte sich erst in der zweiten Kriegshälfte ändern, als zunehmende Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach einem raschen Ende des Krieges das einvernehmliche Verhältnis der beiden Konfessionen stark beeinträchtigten. Vor allem die sogenannte Friedensnote von Papst Benedikt XV. im August 1917, die öffentlich zu Friedensverhandlungen zwischen den kriegführenden Nationen aufrief, ließ Protestanten und ihre politischen Wortführer erneut an der nationalen Zuverlässigkeit der Katholiken zweifeln. Sie stellte aber auch die katholischen Anhänger eines Verhandlungsfriedens in Deutschland vor erhebliche Probleme, denn die Kirche zeigte sich in dieser Frage keineswegs einheitlich. Während sich die eher linksorientierten Anhänger der Zentrumspartei sowie Teile des niederen Klerus durch die Enzyklika des Papstes in ihrer Friedenssehnsucht ermutigt fühlten, befürworteten der höhere Klerus, das katholische Großbürgertum sowie der Adel auch weiterhin einen deutschen Siegfrieden.

Kehren wir zur Lage an der Heimatfront zurück. Die Wintermonate 1916/17 brachten eine der kältesten Frostperioden seit der Jahrhundertwende. Wochenslang war die Binnenschifffahrt unterbrochen; Schulen, Kinos und Theater wurden geschlossen; die Versorgung mit Brennstoffen, Holz und Kohle, verschlechterte sich dramatisch. Zugleich sank die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln auf einen erneuten Tiefpunkt; manche Stadtbewohner verfügten schließlich über weniger als 1000 Kalorien am Tag. Krankheiten infolge von Unterernährung erreichten endemische Ausmaße. Zu nennen sind hier die verbreitete Anämie (Blutarmut) sowie bei Frauen auch die Amenorrhö (das Ausbleiben der Regelblutung). Die Kindersterblichkeit nahm, vor allem in den großen Städten, um mehr als 30 Prozent zu. Verantwortlich für die ökonomische Misere war das Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren: die Verknappung des Brotgetreides, ausgelöst durch eine besonders schlechte Ernte in diesem Jahr; das Auftreten der sogenannten Kartoffelfäule, die bis Jahresende fast die Hälfte der deutschen Winterkartoffelernte zerstörte; ferner eine zunehmende Erschöpfung der deutschen Landwirtschaft, hervorgerufen durch den extrem hohen Bedarf der Armeen und schließlich die gravierenden Auswirkungen der britischen Seeblockade. Der Mangel an Brot und Kartoffeln führte zu einer Hungerkrise, die als Steckrüben- oder Kohlrübenwinter Eingang in das kollektive Gedächtnis der Deutschen fand. Die katastrophalen Auswirkungen der Ernährungs- und Versorgungsengpässe führten zu einer veränderten Wahrnehmung des Krieges an der Heimatfront. Be-

triebliche Streiks und öffentliche Proteste über die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln häuften sich. Das bereits zuvor etliche Male erschütterte Bild von der geeinten und entschlossenen Volksgemeinschaft zerbrach in diesem Winter endgültig. Besonders das Verhältnis zwischen ländlichen Produzenten und städtischen Verbrauchern wurde nachhaltig erschüttert. Bauern wurden als hartherzig und egoistisch kritisiert, die angeblich ihre Kartoffeln eher an Schweine verfütterten als sie den Konsumenten für amtlich festgesetzte niedrige Preise zu verkaufen. Die Bauern dagegen stöhnten unter den behördlichen Maßnahmen und kritisierten den Staat, der sich anscheinend nur für die Interessen der Verbraucher einsetzte. Derartige Klagen waren nicht ganz unbegründet: Vor allem kleinere Höfe, wo die Landarbeit häufig genug auf den Schultern von Frauen, Kindern, alten Leuten und den zunehmend eingesetzten Kriegsgefangenen lastete, hatten unter den bürokratischen Kapriolen zu leiden. Deutlich spiegelten sich hierbei auch die erheblichen sozialen und regionalen Unterschiede der Situation auf dem Land wider. Während die Kleinbauern im Süden und Westen besonders hart getroffen waren, verstanden es die Großbetriebe der politisch einflussreichen Junker im Nordosten des Reiches sogar ihren Vorteil aus der Krise zu ziehen.

Zu Beginn des dritten Kriegsjahres erreichte die Stimmung in Deutschland ihren vorläufigen Tiefpunkt – an den Fronten wie in der Heimat. Vergeblich versuchte der „heimliche Diktator“, General Ludendorff, mit dem von ihm Ende 1916 eingeführten „Vaterländischen Unterricht“ unter den Soldaten wie in der Bevölkerung einen neuen Kampfgeist zu erzeugen. Doch der „furor Teutonicus“ der ersten Kriegsmonate mochte sich nicht mehr einstellen. Die in der nationalistischen Rhetorik zu Beginn des Krieges propagierten Ideale der individuellen Tapferkeit und des selbstlosen Einsatzes für das Vaterland wurden angesichts des massenhaften Todes und der Entbehrungen zusehends obsolet. Gefragt waren stattdessen Leidensfähigkeit und Durchhaltevermögen unter extremen und widrigen Bedingungen. Auch der soldatische Opfertod gewann hierdurch eine neue Dimension. Viele Soldaten und ebenso ihre Angehörigen in der Heimat wollten schließlich weder von einem gerechten Krieg etwas wissen noch von einer christlichen Begründung des Todes auf dem Schlachtfeld. Der soldatische Tod wurde zunehmend als ein individueller Verlust gesehen, abzulesen etwa an der persönlichen Lebensgeschichte der Graphikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz, deren jüngster Sohn Peter bereits im Oktober 1914 als Kriegsfreiwilliger in Flandern gefallen war. Entgegen ihrer früheren Zustimmung zum Krieg begann sich ihre Einstellung gegenüber dem Krieg allmählich zu verändern. Kollwitz‘ später veröffentlichte Holzschnittserie „Krieg“ zeigt überaus anschaulich, wie die anfänglichen Bilder *vom* Krieg schließlich immer stärker zu Bildern *gegen* den Krieg werden.

Das Misslingen der mit riesigem Aufwand an Menschen und Material unternommenen Frühjahrsoffensiven 1918 führte (trotz anfänglicher „kleiner Siege“ und größerer Geländegewinne) zu einem massiven Einbruch der soldatischen Moral

des deutschen Heeres im Westen. Immer weniger Soldaten waren bereit, in einem offensichtlich verlorenen Krieg ihr Leben zu riskieren. Zu Tausenden „verflüchtigten“ sich die Soldaten; laut der offiziellen Kriegsstatistiken wurden in den letzten Kriegsmonaten zwischen 750.000 und einer Million deutscher Soldaten als „abwesend“ geführt. Es war eine „Fluchtbewegung“, die sich zumeist auf dem Weg zur Front, auf dem Rückweg zur Etappe oder auf den kaum noch kontrollierbaren Wegen zwischen Front und den rückwärtigen Sanitätsdiensten abspielte. Das später als eine „Drückebergerei“ gigantischen Ausmaßes gegebene Verhalten der Soldaten diente nach 1918 nationalistischen und revisionistischen Kreisen als Begründung für das endgültige Versagen des Heeres. Dies sei eine Art „Dolchstoß“ in den Rücken des siegreichen Heeres gewesen, für den wahlweise die Sozialdemokraten, die Juden oder schlicht „die Heimat“ verantwortlich gemacht wurden. Den Auftakt zu der berüchtigten „Dolchstoß-Agitation“ hatte der ehemalige Chef der 3. OHL, Paul von Hindenburg, vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung im November 1919 gesetzt, als er sich den umstrittenen Satz des englischen Militärschriftstellers Sir Frederic Maurice zu eigen machte, das deutsche Heer sei „von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht“ worden (*stabbed in the back*). Hindenburg vermied es jedoch den genauen Verursacher zu benennen, also konnte sich dieser Vorwurf zunächst gegen jeden und jede richten, also auch gegen jene Frauen, die es offenbar versäumt hatten, ihre Männer oder Söhne zum weiteren Ausharren an der Front zu ermutigen, und deren sog. „Jammerbriefe“ sowie deren – von den Polizeispitzeln sorgfältig registriertes – Geschimpfe in den Warteschlangen vor den Lebensmittelläden zweifellos die geforderte Moral an der Heimatfront beeinträchtigt hatten. Und so wurde Hindenburgs pauschales Verdikt zu einem politischen Setzkasten, aus dem fortan rechte Agitatoren, allen voran der Trommler Adolf Hitler, sich nach Belieben bedienen konnten.

In Wahrheit jedoch war dieser Krieg weder von den Frauen in der Heimat noch von den Soldaten an den Fronten verloren worden. Verloren hatten ihn jene, die vier Jahre lang „gegen eine Welt von Feinden“ (so der Kaiser im August 1914) kämpften, und deren maßlose Kriegsziele und propagandistische Verzerrungen den Menschen eine Hoffnung vorgegaukelt hatten, die das Deutsche Reich niemals in der Lage gewesen war, einzulösen. Trotz der anfänglichen militärischen Erfolge der Mittelmächte, trotz der Stabilisierung der Fronten in den ungemein verlustreichen Menschen- und Materialschlachten in Verdun, an der Somme und in Flandern, trotz des brutalen, aber hegemonial einträglichen „Siegfriedens“ von Brest-Litowsk im Winter 1918 konnte Deutschland diesen Krieg – angesichts der überlegenen wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen der Alliierten – letztlich nicht gewinnen. Die von Staat und den Kirchen immer wieder beschworene Moral der deutschen Soldaten wie der Zivilbevölkerung spielte hierbei kaum eine Rolle. Sie spiegelte nur die sich im Verlauf des Krieges stark ändernden realen Machtoptionen wider.

Dass die einfachen Menschen häufig ein sehr viel besseres Gespür für diese ungleichen Verhältnisse hatten als Deutschlands politische und militärische Führung weist der Brief einer Krankenschwester im Lazarett von Verviers aus, den diese am 27. Oktober 1918, also wenige Tage vor Kriegsende, an ihre Eltern im niederrheinischen Cleve schickte:

Seit dem Sommer hatte ich allerdings kein Zutrauen mehr zu unserer Sache, aber ich dachte nicht, daß es so schnell kommen würde. Wir müssen aber schließlich doch Schluß machen, die andern sind zu sehr in der Überzahl. Viele Hunde sind des Hasen Tod. Man hatte sich wohl doch über unsere Stärke u. Widerstandskraft getäuscht. [...] der deutsche Soldat hat es auch am ärgsten gehabt, er kann nicht mehr. Er hat es auch zu schlecht. Wenn man außerdem das Elend der Verwundeten mit ansieht, wie wir die letzte Zeit, dann sagt man, um jeden Preis nur Schluß, man kann das nicht mehr mit ansehen. Wenn wir nur einigermaßen davon kommen, einen besseren Frieden können wir nicht mehr machen, höchstens verschlechtert sich unsere Lage. Man sieht mit Spannung der nächsten Zeit entgegen.